

Sitzung des Stadtrates am 30. Januar 2012

Die erste Sitzung des Stadtrates im neuen Jahr ist traditionell der Einbringung des Haushaltsplanes vorbehalten. In früheren Zeiten hielt der Oberbürgermeister und der Stadtkämmerer je eine Rede zur Erläuterung des Zahlenwerks, das anschließend den Ratsmitgliedern übergeben wurde, womit die Sitzung dann auch ihr Ende nahm. Allerdings wurde diese Tradition in den vergangenen Jahren immer mehr aufgeweicht, indem weitere Beratungspunkte hinzugenommen wurden. So auch in dieser Ratsitzung, bei der im öffentlichen Teil 21 und im nichtöffentlichen Teil weitere 4 Tagesordnungspunkte geplant waren.

Im Unterschied zu den letzten Sitzungen gab es diesmal keine langen Diskussionen über die **Tagesordnung**, die CDU beantragte, dass der Jahresabschluss für 2010 des städtischen Wohnungsunternehmens Gebag auch in dieser Sitzung nicht behandelt werden solle und die SPD beantragte, dass die Entlastung der Geschäftsführung der DBV (ein Tochterunternehmen der Gebag) solange nicht behandelt werden solle, bis geklärt ist, ob noch Regressansprüche gegen die Geschäftsführerin geltend gemacht werden können.

Als erster Tagesordnungspunkt stand die **Neuwahl eines städtischen Beigeordneten** für den Bereich Stadtentwicklung und Planung (als Nachfolger für Jürgen Dressler) auf der Tagesordnung. Aus ca. 60 Bewerbern hatten sich zunächst 3 herauskristallisiert, die sich kürzlich im Ältestenrat vorgestellt haben. Danach legte sich die aktuelle Ratsmehrheit aus SPD, Grünen und Linken dann auf Herrn Carsten Tum fest, der zwar in Hamburg geboren ist, aber bereits seit 20 Jahren in Duisburg (Hamborn) lebt und ebenso lange Mitglied der örtlichen SPD ist.

Die FDP enthielt sich, ebenso wie die CDU, bei dieser Wahl der Stimme, da Herr Tum sich in der vergangenen Woche zwar der erweiterten FDP-Ratsfraktion vorgestellt hatte, dort aber nicht alle überzeugen konnte. Einerseits ist es schwer, alle Kenntnisse, Fähigkeiten und Eigenschaften eines Bewerbers innerhalb einer halben Stunde kennen zu lernen, andererseits sprach er sich für Planungsziele und Ideen aus, die zum Teil nicht mit denen der FDP übereinstimmten. Positiv ist anzuerkennen, dass er als Duisburger die vielen Probleme der Stadt kennt, insofern war eine neutrale Stimmenthaltung angemessen.

Bei der **Genehmigung von Protokollen** und Niederschriften vergangener Sitzungen und der Bestätigung der gefassten Beschlüsse in den letzten Ausschusssitzungen handelte es sich um Routineaufgaben, die der Stadtrat kommentarlos in wenigen Minuten abarbeitete.

Bei der **Einbringung des Haushaltsplanes für 2012** durch den Oberbürgermeister handelte es sich in diesem Jahr hingegen nicht um Routine, denn die gesetzlichen Vorgaben haben sich ebenso wie die Schuldenlast extrem geändert. Der OB bezeichnete den „Stärkungspakt Stadtfinanzen“, den die NRW-Landesregierung unter Zustimmung der FDP-Landtagsfraktion beschlossen hatte, als erfreulich, die Gesamtsituation der städtischen Finanzen aber dennoch als dramatisch. Das sogenannte HSK (Haushaltssicherungskonzept) der letzten Jahre müsse trotz der Zahlungen des Landes fortgesetzt werden. In den kommenden Monaten müssten Politik und Stadtverwaltung intensiver nach Einsparmöglichkeiten suchen als je zuvor.

Oberbürgermeister Sauerland beschreibt die Situation, 20 Jahre nach dem letzten ausgeglichenen städtischen Haushalt, als äußerst ernst und neu, denn bisher sei die Ankündigung eines „Sparkommissars“ aus Düsseldorf ein „stumpfes Schwert“ gewesen, nun sei es bei Nicht-Einhaltung der Vorschriften, eine automatische, gesetzliche Konsequenz,

ohne jeglichen Ermessensspielraum und ohne die Möglichkeit einer stillschweigenden Duldung bei Verstößen. Der Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben hat nun nach spätestens 10 Jahren zu erfolgen (bisher 4 Jahre), dazu wurde von der Kämmerei ein Stufenplan erarbeitet, der den Ratsmitgliedern vorlag.

Im Jahr 2012 müssen trotz **Finanzhilfen des Landes** 10 Mio. Euro zusätzlich und dauerhaft eingespart werden, in 2013 sind es 15 Mio. Euro, im Jahr 2016 sollen es 60 Mio. Euro sein und im 10ten und letzten Jahr der Konsolidierungsphase (2021) 75 Mio. Euro. Danach fallen die Finanzhilfen des Landes, die jährlich über 50 Mio. Euro betragen werden, weg. Der OB erklärt, dass die Finanzaufsicht viele vom Stadtrat für „unantastbar“ erklärten Leistungen, sehr wohl für „antastbar“ hält und das nun endlich auch sog. 'freiwillige Leistungen' gestrichen werden müssten. Er stellt die Frage, ob die Stadt wirklich 7 Bezirksvertretungen mit der jeweiligen Höchstgrenze von 19 Mitgliedern haben muss und ob der Stadtrat wirklich 74 Mitglieder groß sein muss. Er fordert die Politik auf, nun nicht mehr nur bei der städtischen Verwaltung, sondern auch „bei sich selbst“ zu sparen.

Anschließend ergänzt der Stadtkämmerer, Dr. Peter Langner die Ausführungen des OB. Er erklärt, dass es sich bei dem vorgelegten Zahlenwerk um einen „**Überrollhaushalt**“ handelt, was bedeutet, dass sich die Ausgaben (und größtenteils auch die Einnahmen) nicht wesentlich gegenüber der Vorjahre verändert haben. Zusätzliche Einsparmaßnahmen sind hier also nicht berücksichtigt worden. So ergibt sich in diesem Jahr ein Defizit von 200 Mio. Euro zwischen Einnahmen und Ausgaben, obwohl die diesjährige Finanzhilfe des Landes bereits eingerechnet wurde. Allerdings mussten auch viele geplante Einsparmaßnahmen des HSK korrigiert werden, da diese sich nicht wie gedacht umsetzen ließen.

Dr. Langner erklärt, dass die Finanzhilfen des Landes zusätzlich zu den üblichen Schlüsselzuweisungen und sonstigen Zahlungen des Landes an die Stadt geleistet werden und das der gesamte **Stufenplan zur Konsolidierung in den nächsten 10 Jahren** so angelegt sei, dass alle übergeordneten finanziellen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen so bleiben, wie sie derzeit sind. Negative Veränderungen in der Eurozone und/oder z.B. negative Zinsentwicklungen sind nicht berücksichtigt worden. Solche Entwicklungen „würden dem Plan jede Grundlage entziehen“.

Auch für die **Steigerung der Gehälter im öffentlichen Dienst** seien nur 1% einkalkuliert worden, was er selbst als „sehr ambitioniert“ bezeichnet. Er warnt aber davor, die gesetzlich geforderten Einsparungen nicht so zu erbringen, wie sie gefordert werden, dies hätte (neben einem Sparkommissar) zur Folge, dass das Land die zusätzlichen Finanzhilfen einstellen würde. Dr. Langner erklärt, dass er es für selbstverständlich und gerecht hält, dass nun auch die städtischen Gesellschaften in die Konsolidierungsbemühungen einbezogen werden sollen, wie es das Gesetz vorsieht. Bis Juni 2012 muss ein konkreter Sanierungsplan erarbeitet, beschlossen und der Finanzaufsicht vorgelegt werden.

In der Vergangenheit äußerten sich die Fraktionen erst in der darauffolgenden Sitzung, zum Beschluss des vorgelegten Haushaltsplanes. Auch diese Tradition endete an diesem Tag, denn die Fraktionsvorsitzenden von SPD, Linken und Grünen nutzten die Gelegenheit zu längeren Reden.

Die SPD erklärte, dass der Haushaltsplan für 2012 und der Sanierungsplan parallel erarbeitet werden müssten, was im Endeffekt bedeuten würde, den **Haushaltsplan für 2012 nicht im März, sondern erst im Juni**, zusammen mit dem Sanierungsplan zu beraten und zu beschließen. Die Linke schloss sich diesen Ausführungen an, erklärte aber zusätzlich, dass sie keinen „Sozialschweinereien“ zustimmen werde, weder im Haushaltsplan, noch im Sanierungsplan. Auch die Grünen möchten „den Finanzweg der letzten 2 Jahre“ fortsetzen. Da

bereits heute absehbar ist, dass die überwältigende Ratsmehrheit den Anträgen der FDP zur Haushaltskonsolidierung (Verkauf von städtischen Gesellschaften etc.) wieder nicht zustimmen wird (weder jetzt noch in 6 Monaten), stimmte die FDP-Ratsfraktion dem Vorschlag zu, den Haushalt erst im Juni zu beraten. Somit finden in der März Sitzung des Stadtrates keine Haushaltsberatungen statt und auch die geplanten Haushaltstage in den Stadtbezirken werden abgesagt.

Weiterhin hatten SPD, Grüne und Linke einen Antrag eingebracht, wonach die Verwaltung eine **Bürgerbeteiligung an den Haushaltsberatungen** organisieren sollte, in Form von öffentlichen Sitzungen, aber auch mit ausgeprägter Internetbeteiligung. Der Kämmerer erklärte, dass dies in anderen Städten zwar auch erfolgreich stattgefunden habe, aber wahrscheinlich nur mit externer Beratung für mehrere hunderttausend Euro. Dem widersprachen die Antragsteller aber auch FDP-Ratsherr Frank Albrecht, der zur Umsetzung des Beschlusses das vorhandene IT-Know-How der Stadtverwaltung einforderte.

Da die FDP die Bürgerbeteiligung auch als Chance sieht, dass eine größere Zahl von Bürgern auch auf Vorschläge der FDP eingehen könnte, stimmte die Fraktion dem Antrag zu. Vor allem die DWG-Fraktion, die in den vergangenen Jahren immer Politik-interne Finanzkommissionen gefordert hatte, wehrte sich lautstark gegen die öffentliche Beteiligung der Bürger.

Zum Entwurf des **Stellenplanes 2012** (Mitarbeiter der Stadtverwaltung) äußerten sich die Ratsmitglieder nicht, sie verwiesen den Plan kurzerhand zur Beratung in den zuständigen Personal- und Verwaltungsausschuss.

Auch zur **Verfügung der Bezirksregierung** (als Finanzaufsicht) rückwirkend zum Haushalt 2011 gab es keine Kommentare, da der Bescheid (wie in den letzten Jahren auch) nur feststellte, dass das Haushaltssicherungskonzept (HSK) nicht genehmigt wird, dass die Haushaltssatzung nicht bekannt gemacht werden darf, somit auch nicht danach gehandelt werden darf, und dass die Stadt weiterhin den Restriktionen des § 82 GO NRW unterliegt.

Erfreut zeigte sich der Rat, obwohl es kaum Wortmeldung dazu gab, dass die Bürgervereinigung Pro-Duisburg alle städtischen Ein- und Ausgangsschilder, solange das Mercatorjahr gefeiert wird, mit dem Zusatz „**Mercatorstadt**“ bekleben will - und das auf eigene Kosten. Natürlich nahmen die Ratsmitglieder dies gerne an und beschlossen einstimmig.

Fast einstimmig wurden auch die **Öffnungszeiten für verkaufsoffene Sonntage** in 2012 beschlossen. Nur die Linken (mit Ratsherr und Verdi-Chef Thomas Keuer) sprachen sich dagegen aus.

Erst im Dezember hatte der Stadtrat die siebte Änderung der Taxi-Tarifordnung beschlossen. Die Duisburger Taxiunternehmen hatten höhere aber auch gestaffelte Beförderungsentgelte, wegen der gestiegenen Benzinpreise und Lohnerhöhungen gefordert, dem ist der Rat nachgekommen. Bei der technischen Umstellung der Taxameter in den Fahrzeugen ist dem Eichamt jedoch aufgefallen, dass die beschlossene Staffelung und die verschiedenen Varianten nicht programmiert werden können, so dass die Verwaltung mit der Taxivertretung und dem Eichamt eine abgeänderte Beschlussvorlage erarbeitet hatte, die dem Rat nun als achte **Änderung der Taxi-Tarifordnung** zum Beschluss vorlag. Nach einigen klärenden Fragen entschied der Rat einstimmig.

Für die Von-der-Mark-Straße in Meiderich wurde ein Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplans beschlossen. Hier wollte sich (unerwünschterweise) eine weitere Spielhalle

ansiedeln und ohne die Aufstellung eines B-Plans hätte man diese Ansiedlung genehmigen müssen. Auch hier waren sich alle einig.

Eine ebensolche Einigkeit herrschte auch bei der **Aufstellung eines B-Plans** für einen Bereich der „**Duisburger Freiheit**“, hinter dem Hauptbahnhof und der gleichzeitigen Veränderungssperre für einen Teilbereich (geplantes Parkhaus) dieses Gebietes. Obwohl die kurzfristige Veränderungssperre zunächst merkwürdig anmutet, ist hier alles nach Baugesetzbuch und in Zusammenarbeit mit dem Investor erarbeitet worden, so dass man in diesem Fall fest davon ausgehen kann, dass Verwaltung und Investor hier an einem Strang ziehen und sich nicht blockieren und/oder verhindern, wie es in anderen Fällen manchmal vorkommt.

Desweiteren wurde die Aufstellung eines **B-Plans für den Bereich um das Bifunda-Versicherungs-Gebäude** am Mercator-Kreisel beschlossen. Das Gelände liegt zwischen dem „Aurelis-Gebiet“, direkt hinter dem Bahnhof und dem „Krieger-Gebiet“, auf dem Möbel Höffner und weitere Bürokomplexe entstehen sollen.

Keinen Kommentar gab es zur Vorlage des **Beteiligungsberichtes 2010**, der dem Rat erst jetzt zur Kenntnis gegeben wurde. Hierin werden alle städtischen Beteiligungen (ca. 100 verschiedene Gesellschaften) aufgelistet und alle Finanzverwebungen dieser Firmen aufgelistet. Ein Werk, mit dem sich die FDP – vermutlich als einzige Ratsfraktion - demnächst wieder intensiv beschäftigen wird, um daraus neue Erkenntnisse und Forderungen abzuleiten.

Zuletzt hatten SPD, Grüne und Linke noch eine **Anfrage zum „Bürgerantrag zur Abwahl des Oberbürgermeisters“** gestellt. Die Verwaltung hatte im November den Auftrag erhalten, die Unterschriften, die als ungültig gewertet wurden, nochmals zu prüfen und dem Rat mitzuteilen, warum diese nicht gewertet wurden. Bisher hatte die Verwaltung kein Ergebnis dieser Prüfung vorgelegt. Darum fragten die 3 Fraktionen nun danach. Kämmerer Dr. Langner, der für das entsprechende Amt zuständig ist, beantwortete die Anfrage mit einer langatmigen Liste aller praktischen Aufgaben, die die Projektgruppe zu erledigen hatte (Briefumschläge für die Abwahl vorbereiten, Listen prüfen, Wahllokale suchen, Wahlhelfer akquirieren etc.) und weshalb die gestellte Aufgabe noch nicht erledigt werden konnte. Hier konnte man sich nicht des Eindrucks erwehren, dass der Kämmerer die Ratsmitglieder nicht wirklich ernst nahm. Die fragenden Fraktionen mussten dies aber so hinnehmen, denn eine Antwort wurde ja gegeben.

Nach knapp 3 Stunden war die Sitzung beendet, für eine „normale“ Ratssitzung eher schnell, für eine (traditionelle) Haushaltseinbringung sehr lang. Die nächste Sitzung des Duisburger Stadtrates ist erst wieder für den 26. März 2012 geplant.